

LEITARTIKEL

Kommunal- und Bundestagswahl 2021 – Verantwortung für die Demokratie übernehmen

Zum ersten Mal seit 1983 stellt sich bei der kommenden Bundestagswahl am 26. September 2021 nicht der oder die amtierende Kanzler/-in zur Wiederwahl. Nach fast vierzig Jahren können sich die Wählenden also bei der Entscheidung, wer in Zukunft im Kanzleramt arbeiten soll, nicht auf Gewohnheiten oder Erfahrungen berufen. Gleichzeitig kann sich niemand der Kandidierenden auf einen Amtsbonus verlassen. Für den Wahlkampf könnte das ein großer Vorteil sein. Völlig frei von bisherigen Leistungen oder Fehlern im Amt könnten die Inhalte der Parteien in den Fokus rücken.

Dr. Felix Keldenich

Pressesprecher der GdP Niedersachsen



Foto: Felix Keldenich

Tatsächlich entstand in den letzten Wochen hingegen der Eindruck, dass die Konzentration immer weniger auf der Sachebene lag und stattdessen die Kandidierenden noch viel mehr ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung rückten. Persönliche Verfehlungen (Stichwort: Lebenslauf Baerbock), öffentlichkeitswirksame Ausrutscher von Laschet (#arminlacht) oder Scholz vor dem Wirecard-Untersuchungsausschuss bestimmten dabei immer wieder den Diskurs. Bemerkenswert war dabei weniger die tatsächliche Tragweite der Vorfälle, als vielmehr die Unprofessionalität, die nötig ist, es überhaupt dazu kommen zu lassen. Immerhin leben wir nicht erst seit gestern im Medien- und Informationszeitalter, in dem der Öffentlichkeit kaum ein Fehltritt entgeht.

Vielleicht ist genau darum das Augenmerk, das auf solch greifbare, personenbezogene Verfehlungen gelegt wird, auch ein Zeichen unserer Zeit. Gerade in der schnellen, extrem verkürzten Kommunikation, die in den sozialen Medien stattfindet, ist kaum Platz für Diskurs und inhaltliche Tiefe. Auf

Twitter findet man meist nur ein Dafür oder Dagegen in Form von schnellen Urteilen, und die Blasen mancher Facebook- oder Telegram-User scheinen unzerstörbar. Dort hat Populismus, der komplizierten Themen gern mit vermeintlich einfachen Wahrheiten begegnet, leichtes Spiel. Dagegen gilt es anzukämpfen. Zu den entscheidenden und leider sehr komplexen Themen, die bei dieser Wahl neben Klimawandel, Migration, Digitalisierung, Bildung, innere Sicherheit oder soziale Gerechtigkeit eine zentrale Rolle spielen, gehört definitiv auch das Erstarren der politischen Ränder.

Gerade rechtem Populismus gelingt es zunehmend, viele anzusprechen, die in Zeiten großer Unsicherheit nach Halt suchen. Ganz gleich, wie man zu den Themen und Personen der demokratischen Parteien steht – hier gilt es bei der Wahl klare Kante zu zeigen, auch im Sinne der inneren Sicherheit! Die Gefahr der politisch Extremen, die ihre kommunikative Kraft nicht zuletzt durch die Vernetzung im Internet bündeln, wird nämlich auch im realen Le-

ben immer deutlicher. Die Erfahrungen, die viele Kolleginnen und Kollegen während der Demonstrationen gegen die Corona-Auflagen gemacht haben, zeigen dies deutlich.

In Niedersachsen stehen neben der Bundestagswahl im September auch die Kommunalwahlen an. Die GdP hat sich seit jeher und auch aktuell schon früh dafür eingesetzt, dass das Thema Sicherheit in den Wahlprogrammen berücksichtigt werden soll. Das betrifft nicht nur die Polizeiarbeit direkt, sondern darüber hinaus diverse Maßnahmen, um sowohl die subjektiv empfundene als auch die tatsächliche Sicherheit im lokalen Raum zu verbessern: durch Baumaßnahmen, die Angsträume vermeiden, einen funktionalen ÖPNV, bezahlbaren Wohnraum oder die Förderung von Integration, etwa in Vereinen und vielem mehr.

Viele Polizeibeschäftigte, die auch GdP-Mitglieder sind, setzen sich aktiv politisch dafür ein, dass die innere Sicherheit eben nicht nur dann gewährleistet wird, wenn die Polizei vor Ort ist. Sie wissen um die Wichtigkeit eines respektvollen Umgangs miteinander. Sie sind mit der Situation in ihrem Wohnort vertraut, engagieren sich und wollen das Umfeld positiv stärken. Politisches Engagement – im Kommunalen oder auf Bundes- und nächstes Jahr auch wieder auf Landesebene – ist absolut im gewerkschaftlichen Sinne der GdP und ebenso im Sinne der Demokratie. Deshalb stellen wir die Kolleginnen und Kollegen, die hierzu bereit sind, in dieser Ausgabe kurz vor und wünschen ihnen viel Erfolg.

Ganz gleich, ob in der niedersächsischen Kommunalpolitik oder in Berlin: Auf alle Abgeordneten warten zukunftsweisende Aufgaben, die mit hoher Verantwortung verbunden sind. Zunächst ist es aber an den Wählerinnen und Wählern, das wertvolle Privileg der demokratischen Entscheidungsfindung verantwortungsbewusst zu nutzen und dabei vor allem den demokratiefeindlichen Kräften den Riegel vorzuschieben. ■



ARBEITSZEIT

Mit Entschlossenheit vorangehen!

„Gut Ding will Weile haben!“ – so meint es eine Lebensweisheit. Diesen Maßstab angesetzt wird der neue Arbeitszeiterlass der Polizei Niedersachsen das beste Arbeitszeitrecht normieren, das die Welt je gesehen hat, denn seit dem ersten Quartal 2020 beschäftigt man sich auf unterschiedlichsten Ebenen mit der Thematik.



Foto: GdP

Sascha Göritz

Vielleicht zeigt der verstrichene Zeitraum aber auch, wie komplex, vielschichtig und in Teilen fremdbestimmt das Ganze ist. Vielleicht zeigt er aber auch, vor welchen Herausforderungen und Wandlungsbedarfen die Polizei steht und wie schwierig es ist, das zu akzeptieren und Lösungen zu entwickeln, ohne die Keule „Das gilt doch nicht für uns, denn wir sind doch Polizei!“ her auszuholen.

Die GdP begleitete diesen Prozess des Erkenntnisgewinns und die Entwicklung von Lösungen in den vergangenen Monaten und wird mit einem Arbeitszeitkongress im September dem Thema weiteren Schwung geben. „Man will als ein moderner und fürsorglicher Arbeitgeber eine neue Arbeitszeitkultur entwickeln“, so verantwortliche Stimmen aus dem Ministerium. Gut so, denn lediglich die Erlasstage an Regelungen des EU-Arbeitszeitrechts oder die aktuelle Rechtsprechung anzupassen, wäre hier eine verpasste Chance!

Die Voraussetzungen haben sich verändert

Machen wir es uns noch einmal klar: Unser Leben ist komplexer, vernetzter und schnelllebiger geworden. Es gibt neue gesellschaftliche Anforderungen und erforderliche Work-Life-Balance, die nichts mit

Selbstverwirklichungsfantasien zu tun haben, sondern mit Übernahme von Verantwortung auch außerhalb des Dienstes, sei es für sein eigenes Leben, in der Kindererziehung, der Pflege von Angehörigen oder im politisch so geschätzten Ehrenamt. Arbeitszeitregelungen sind dabei aktiver Gesundheitsschutz, denn sie dienen dazu, dass wir alle in einer geordneten Reihenfolge von Arbeits- und Ruhezeiten unsere Gesundheit und unsere Leistungsfähigkeit erhalten. Eine Organisation mit knappen Personalressourcen wie die Polizei muss doch ein vitales Interesse daran haben, dass alle fit und gesund an Bord bleiben.

Unsere Forderungen

Die Grundsätze vorweggeschickt, dass ein Regelwerk zur Arbeitszeit geprägt sein sollte von einem Vertrauensvorschuss für Mitarbeitende und primär nicht der Missbrauchskontrolle dient sowie dass Arbeitszeit gleichermaßen belastungsgerecht, sozial ausgeglichen und gesundheitserhaltend zu gestalten ist, kann man folgende Grundforderungen wiederholen:

1. Die arbeits- und gesundheitsschutzrechtlichen Bestimmungen dienen un-

mittelbar der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit von uns Beschäftigten bei der Polizei und sind nicht verhandelbar.

2. Die Attraktivität eines modernen Arbeitgebers hängt direkt von der persönlichen Einflussnahme auf die eigene Arbeitszeit ab.

3. Daher bedarf es für alle Polizeibesetzten einer Arbeitszeitsouveränität mit einem persönlichen Dispositionsrecht und geregelten Zeitguthabenkonten (u. a. Stundenobergrenze, jährliche Kappung) – auch für unsere Kolleginnen und Kollegen im ESD.

4. Planbare und verlässliche Arbeitszeiten sind die Basis für eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie für eine hohe Lebensqualität.

5. Neben dem Beamtenbereich hat auch der Tarifbereich eine umfassende Betrachtung für ein modernes Arbeitszeitrecht verdient!

„Gut Ding will Weile haben!“ – natürlich ist das richtig, gerade beim Thema „Arbeitszeit“, denn es geht um das Wichtigste, was wir haben: nämlich um unsere Lebenszeit. Aber neben der Zeit, die man sich für die Bewältigung der Aufgabe nimmt, ist auch die Entschlossenheit wichtig, die man an den Tag legt. Um noch ein Sprichwort zu zitieren: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!“ Die vorgenannten Grundsätze liegen auf dem Tisch. Zustimmung von verantwortlichen Seiten – vieles davon könne man unterschreiben. Jetzt heißt es, mit Entschlossenheit voranzugehen. Es sollte nach der ganzen Zeit nicht mehr darum gehen, was warum nicht geht, sondern wie man das umsetzen kann, was man will. Hier bedarf es schnellstmöglicher Klarheiten und dann muss es heißen: machen! ■

„ Dietmar Schilff

Die GdP dankt allen, die sich im Sinne der Menschen engagieren, ob politisch, sozial oder in Vereinen! Denjenigen, die sich in Wählervereinigungen oder als freie Kandidierende oder für eine demokratische Partei zur Wahl stellen, wünschen wir hochprozentigen Erfolg!



KOMMUNAL- UND BUNDESTAGSWAHL 2021

„Es gibt nicht Gutes, außer man tut es“

Dietmar Schilff
GdP-Landesvorsitzender

Freie und geheime Wahlen – ja überhaupt zwischen verschiedenen demokratischen Parteien frei wählen zu können – was für ein Privileg! Zumindest für viele Millionen Menschen auf unserem Planeten. Bei uns scheinen dies leider nicht alle so zu sehen, denn insbesondere im kommunalen Bereich ist die Wahlbeteiligung deprimierend. Gerade in den Kommunen, wo es nicht so wichtig ist, welcher demokratischen Partei der Kandidat oder die Kandidatin angehört, sondern auf Verlässlichkeit, Ortsverbundenheit und Zugewandtheit für

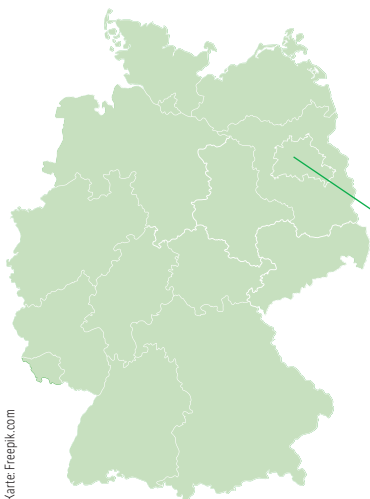
die meist ehrenamtliche Tätigkeit und wo man auch ganz konkret vor Ort was erreichen kann, ist es wichtig, dass man Zustimmung erhält. Und man kann auch was bewegen, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Allerdings muss man sich dann auch in den Gremien beteiligen. Das ist oftmals einfacher, als man glaubt, man muss es nur wollen und es dann auch machen, anstatt später zu motzen. „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“, dieses Zitat von Erich Kästner bringt es auf den Punkt. Allen, die sich im Sinne der Menschen engagieren, ob politisch, sozial oder in Vereinen, sagt die GdP herzlichen Dank. Denjenigen, die sich in Wählervereinigungen oder als freie Kandidierende oder für eine demokratische Partei zu Wahl stellen, wünscht die GdP hochprozentigen Erfolg! ■



Bereit, Verantwortung zu übernehmen

Bei den anstehenden Wahlen kandidieren auch viele Mitglieder der GdP für unterschiedliche Ämter. Um euch einen Überblick zu verschaffen, haben wir uns in den Kreis- und Bezirksgruppen umgehört und stellen

hier einige Kandidierende vor. Neben einem Kandidaten für den deutschen Bundestag (siehe unten) findet sich auf der folgenden Doppelseite ein Überblick von Mitgliedern, die in unterschiedlichen Ämtern auf kommunaler Ebene Verantwortung übernehmen möchten. ■



Karte: Freepik.com



Foto: Jens Schierenbeck

Carsten Büttinghaus (38)
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
Kandidiert für: Bundestag, Wahlkreis 35 – Rotenburg I und Heidekreis
Funktion in der GdP: stellv. Vorsitzender KG Harburg
Ämter & Mitgliedschaften: Personalrat, ehrenamtlicher Richter am VG Lüneburg

Anzeigen

POK aus **Bremen** sucht
Tauschpartner aus Niedersachsen.
Kontakt:
andre.meins@polizei.bremen.de

Pensionär KOK sucht Polizei-Mützen, Ärmelabzeichen, Schulterstücke von Kollegen/ Sammler aus Nds., gegen Kostenerstattung, auch Vorkasse, Übersandt oder Abholung. Bitte alles anbieten.
Mail: seifert-h@gmx.net, TEL: 01719902104

Marianne Funke GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08 / 74 04 99 39
Fax 02 08 / 59 88 68



Kandidierende GdP-Mitglieder



Foto: Saskia Buschmann

Saskia Buschmann (42)

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
Kandidiert für: Kreistag Aurich, Stadtrat Aurich, Ortsrat Wallinghausen
Funktion in der GdP: Vorstandsmitglied der KG Aurich
Ämter & Mitgliedschaften (jeweils Auszug): DLRG, Personalrat



Foto: Fotostudio Schriewe

Bernhard Janssen (61)

Allgemeine Wählergemeinschaft SG Hesel
Kandidiert für: Gemeinderat Brinkum, Samtgemeinderat Hesel
Ämter & Mitgliedschaften: ehrenamtlicher Bürgermeister, Gemeinderatsmitglied seit 30 Jahren



Foto: Frank Klaß

Frank Klaß (50)

parteilos
Kandidiert für: Bürgermeister der Samtgemeinde Sögel
Funktion in der GdP: Vorsitzender des FA WSP
Ämter & Mitgliedschaften: Gemeinderat Sögel seit 2011, Samtgemeinderat Sögel seit 2016



Foto: Claudia Willenberg

Claudia Willenberg (53)

Wählergemeinschaft umweltbewusstes Leben (WUL)
Kandidiert für: Gemeinderat Ehrenburg, Samtgemeinderat Schwaförden
Ämter & Mitgliedschaften: Gemeinderat Ehrenburg seit 15 Jahren, Personalrat der Polizeiakademie



Foto: Ralf Müller

Ralf Müller (60)

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
Kandidiert für: Stadtrat Diepholz
Ämter & Mitgliedschaften: Ortsvorsteher Heede, Vorsitzender Schützenverein „Maifeier von 1498“



Foto: Dennis Brinkmann

Dennis Brinkmann (35)

SPD/Wählergemeinschaft Hüde
Kandidiert für: Samtgemeinderat Altes Amt Lemförde, Gemeinderat Hüde
Ämter & Mitgliedschaften: Freiwillige Feuerwehr Hüde, Vorstandsmitglied SPD-Ortsverband Lemförde



Foto: Jörg Plogmann

Jörg Plogmann (43)

Parteilos/Liste SPD
Kandidiert für: Gemeinderat Hagen a. T. W.
Funktion in der GdP: Kassierer der KG Osnabrück
Ämter & Mitgliedschaften: Personalrat PI Osnabrück



Foto: Alexander Usadel

Alexander Usadel (32)

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
Kandidiert für: Ortsrat Tündern, Stadtrat Hameln, Kreistag Hameln-Pyrmont
Ämter & Mitgliedschaften: Feuerwehr Tündern, Vorstandsmitglied „Verein zur Förderung des Feuerlöschwesens und der Feuerwehrmusik in Tündern“

auf kommunaler Ebene

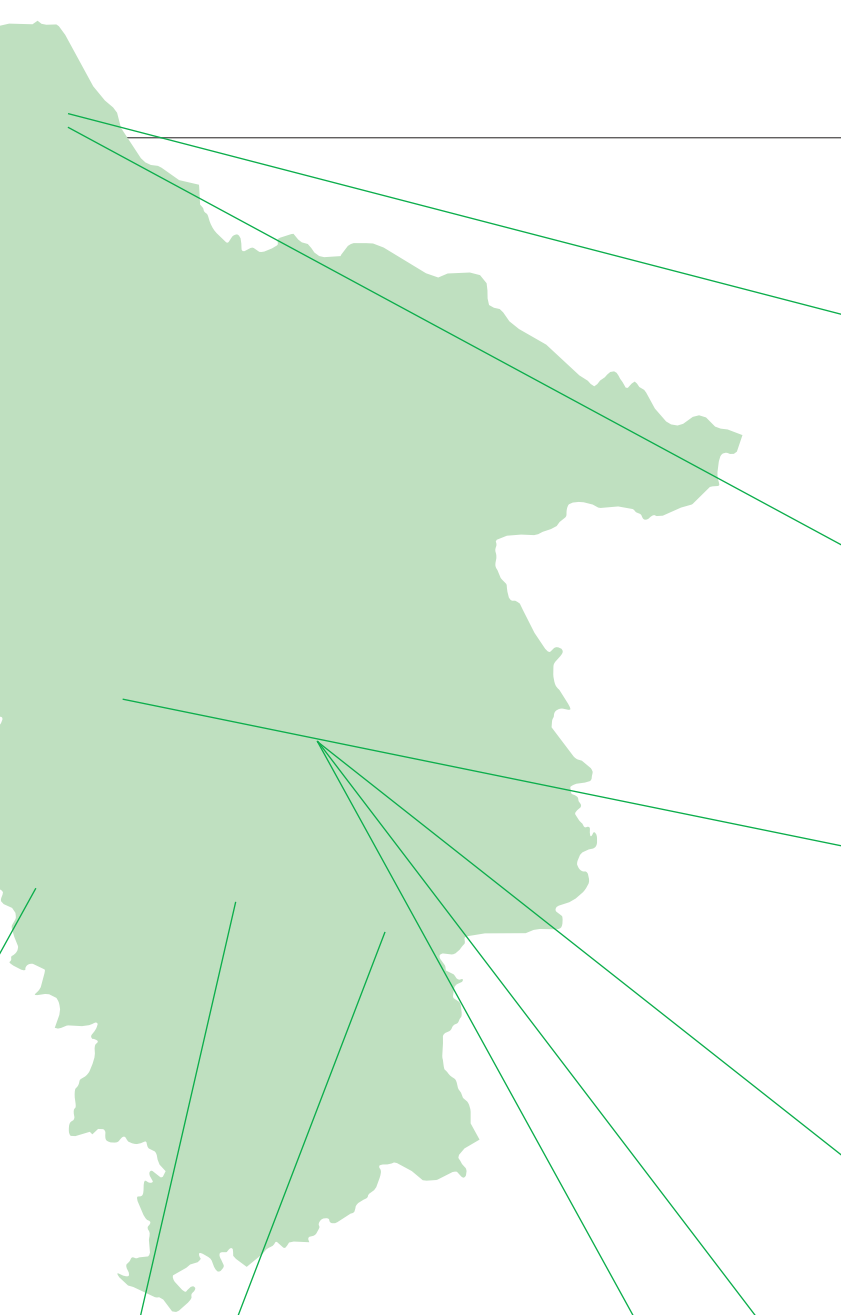


Foto: Lothar Klüser

Lothar Klüser (65)
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
 Kandidiert für: Gemeinderat Osten/Oste,
 Samtgemeinderat Hemmoor
 Funktion in der GdP: Vorstandsmitglied
 der KG Stade, Vorstandsmitglied der
 BG Lüneburg
 Ämter & Mitgliedschaften: 25 Jahre
 Gemeinderat, 20 Jahre Samtgemeinderat



Foto: Gundula Gantgen

Erwin Jark (71)
 Parteilos (Liste SPD)
 Kandidiert für: Gemeinderat Hechthausen,
 Samtgemeinderat Hemmoor
 Funktion in der GdP: Landessenioren-
 vorsitzender
 Ämter & Mitgliedschaften: Gemeinderat
 Hechthausen seit 2011



Foto: Daniel Beedeker

Angelo Alter (37)
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 (SPD)
 Kandidiert für: Stadtrat Hannover,
 Regionsversammlung Hannover
 Ämter & Mitgliedschaften: bis 2020 örtlicher
 & Hauptpersonalrat, SoVD



Foto: Dietmar Schilff

Dietmar Schilff (59)
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 (SPD)
 Kandidiert für: Stadtrat Braunschweig;
 Bezirksrat Braunschweig Südost
 Funktion in der GdP: Landesvorsitzender,
 stellv. Bundesvorsitzender
 Ämter & Mitgliedschaften: Polizeihaupt-
 personalrat, AWO, FFW



Foto: Frank Jürges

Frank Jürges (57)
 Christlich Demokratische Union
 Deutschlands (CDU)
 Kandidiert für: Bürgermeister der
 Gemeinde Giesen
 Funktion in der GdP: Vorstandsmitglied
 der BG ZPD
 Ämter & Mitgliedschaften: Personalratsvorsit-
 zender ZPD, Freiwillige Feuerwehr Emmerke



Foto: Alexander Zaborowski

Nils Bader (41)
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 (SPD)
 Kandidiert für: Stadtrat Braunschweig;
 Bezirksrat Östliches Ringgebiet
 Ämter & Mitgliedschaften: Stadtrat
 Braunschweig; Bezirksrat Östliches
 Ringgebiet, AWO



Foto: SPD Goslar/Göritz

Sascha Göritz (47)
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 (SPD)
 Kandidiert für: Stadtrat Goslar
 Funktion in der GdP: Landeskassierer
 Ämter & Mitgliedschaften: Polizeihaupt-
 personalrat, Vorsitzender Elternverein
 Christian-von-Dohm-Gymnasium



Foto: Thorsten Kornblum

Dr. Thorsten Kornblum (39)
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 (SPD)
 Kandidiert für: Oberbürgermeister der
 Stadt Braunschweig
 Funktion in der GdP: Fördermitglied seit 2014
 Ämter & Mitgliedschaften: AWO,
 Förderverein Feuerwehr Braunschweig

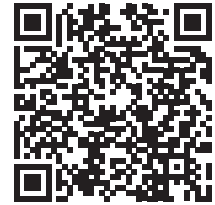


Foto: Christopher Finck



Weitere Infos

Sowie den vollständigen Artikel zur „Freistellung von Mandatsträger*innen“ finden Sie auf gdpniedersachsen.de.



KOMMUNALWAHL 2021

Verbesserung der Freistellungsregelung für neue Mandatsträger*innen in Aussicht gestellt

Von **Christopher Finck**

Die Rahmenbedingungen zur Ausübung eines kommunalen Mandats haben sich in den letzten Jahren verändert. Flexiblere und moderne Arbeitszeitmodelle bedeuten für viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst zwar mehr Freiheiten, brachten aber viele Mandatsträger*innen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Der neue Gesetzesentwurf zum Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) verspricht hier klare Verbesserungen.

Von Idealen geprägt und demokratischen Motiven geleitet, türmt sich für viele Mandatsträger*innen nach wenigen Wochen und Monaten ihrer Wahl ein Dilemma auf: Auf der einen Seite sind sie formal ehrenamtliche Feierabendpolitiker*innen, auf der anderen Seite reift die Erkenntnis, dass die Mandatsausübung mit einem sehr hohen persönlichen Zeitaufwand verbunden ist und das Verständnis der Vorgesetzten und in der Familie nicht automatisch mitwächst. Zu den bis dato gültigen Erwartungen der Familie,

des Bekanntenkreises und des Dienstherrn treten nun ganz neue Anforderungen hinzu. Schnell stellt sich vor allem in den größeren Stadt- und Gemeinderäten unweigerlich die Frage, wie man dieses Pensum von zusätzlichen 10 bis 20 Stunden wöchentlich in sein bisheriges Leben erfolgreich integrieren kann? Bis heute können kommunalpolitisch aktive Arbeitnehmer*innen, die in Schichtarbeit, Gleitzeit- oder anderen flexiblen Arbeitszeitmodellen arbeiten, keinen echten Freistellungsanspruch gegenüber dem Arbeitgeber bzw. Dienstherrn geltend machen. Ein Umstand, der die freiwillige Bereitschaft zur so wichtigen öffentlichen Amtsübernahme behindert und alles andere als fördert. Insbesondere Frauen und Berufsanfänger dürften von dieser Praxis eher abgeschreckt sein. Beides Gruppen, deren Repräsentativität in den Kommunalparlamenten dringend verbessert werden muss.

Dies wurde nun rechtzeitig vor der Kommunalwahl von der Landesregierung erkannt, denn mit der aktuell im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Novellierung des § 54 NKomVG wird eine echte Stärkung

des Freistellungsanspruchs angestrebt. Künftig kann die für Vertretungs-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen aufgewendete Zeit der Arbeitszeit tatsächlich gutgeschrieben werden. Hierbei soll der Anspruch auf die tägliche durchschnittliche Wochenarbeitszeit einschließlich der bereits erbrachten oder noch zu erbringenden Arbeits- oder Dienstleistungen begrenzt werden.

Aus Gleichstellungs- und Demokratieperspektive ist diese vom Innenministerium vorbereitete Gesetzesänderung entsprechend hoch zu würdigen. Sie schützt die Mandatsträger*innen vor einer systematischen Überlastung und verbessert die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und ehrenamtlichem Mandat. In einer immer beschleunigteren und verdichteteren Arbeitswelt kann die Reform des NKomVG einen wertvollen Beitrag leisten, das kommunalpolitische Ehrenamt nachhaltig zu stärken und den im September knapp 30.000 zu wählenden Mandatsträger*innen künftig mehr Zeit für gute Kommunalpolitik verschaffen. ■

NACHRUF

Die GdP trauert um Helmut Bläsche

Der ehemalige Landesvorsitzende und langjährige Vorsitzende des Polizeihauptpersonalrates (PHPR) beim niedersächsischen Innenministerium verstarb am 24. Juli 2021 im Alter von 84 Jahren. Die Trauerfeier fand am 09. August 2021 im engen Familien- und Freundeskreis statt.

Helmut Bläsche war von 1984 bis 1996 Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrates. In dieser Zeit hat er unter anderem als Mitglied des Lenkungsausschusses der Polizeireform Anfang der Neunziger Jahre entscheidend dazu beigetra-

gen, dass die Polizei bürgerorientierter aufgestellt und die Bewertung der polizeilichen Arbeit verbessert wurde.

Nach den beiden Vorsitzenden des PHPR, Helmut Brackmann und Udo Ahlers, übernahm Helmut Bläsche 1984 den Staffstab und führte die wichtige Arbeit im Bereich der Mitbestimmung weiter.

Helmut Bläsche war nach langen Jahren als stellvertretender Landesvorsitzender von 1994 bis 1997 Vorsitzender der GdP Niedersachsen und vertrat die GdP Nieder-



Foto: GdP-KG Hameln

sachsen viele Jahre auch im GdP-Bundesvorstand.

Ich habe Helmut Bläsche Mitte der 80er Jahre kennengelernt, als ich in der Jugendorganisation der GdP aktiv war. Helmut war für mich und für viele andere damals junge Kolleginnen und Kollegen ein echtes Vorbild, da er sich ohne Angst vor dienstlichen Repressalien für die Polizeibeschäftigten und für größere Wertschätzung einsetzte.

Die Menschen in der Polizei und die GdP haben Helmut Bläsche viel zu verdanken. Ein großes Herz für mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit hat aufgehört zu schlagen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie. **Danke Helmut!**

Im Namen der GdP Niedersachsen und des GdP-Bundesvorstandes

Dietmar Schilff
Landesvorsitzender
Stellv. Bundesvorsitzender



Rhön Park
AKTIV RESORT

Rhön trifft Wein

Herbstliche Genießerpauschale



Preise :

Anreise So bis Abreise Fr (5 Ü/HP)
Anreisetermine: 19.09. | 26.09. | 03.10. | 10.10.2021

p. P. im DZ nur 399,00 €

Sie lieben die Natur, guten Wein und regionale Spezialitäten? Dann ist unsere neue Pauschale „Rhön trifft Wein“ wie gemacht für Sie! Freuen Sie sich auf eine herbstliche Genießerwoche im Rhön Park Aktiv Resort mitten im UNESCO Biosphärenreservat Rhön.

Zu Gast bei uns ist Winzermeister Thomas Reichert aus Nordheim am Main von der Mainschleife. Zu den edlen Tropfen genießen Sie Rhöner Spezialitäten.

Ihr Programm

Sonntag Abend:

- Herzlich Willkommen
- Herbstliches Abendessen

Montag:

- Gästebegrüßung
- abends offene Verkostung „Rhön trifft auf Wein“

Dienstag 10 Uhr:

- geführte Rhönwanderung mit unserem Rhön Guide, kleine Weinverkostung

Mittwoch Abend:

- offene Weinverkostung „Fränkische Klassiker“

Donnerstag Abend:

- lustiges Quiz rund um das Motto „Rhön trifft Wein“

Freitag:

- Auf Wiedersehen im Rhön Park Aktiv Resort!

GdP - Touristik
Berckhusenstr. 133a
30625 Hannover
service@gdpservice.de
0511 530 380

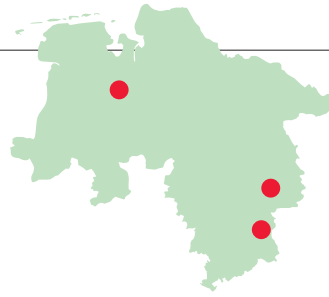




AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Auf dieser Seite:

KG Braunschweig
KG Oldenburg-Land
KG Goslar



Termine

Sommerfest der KG Braunschweig am 14. September 2021

Aus Anlass des 100-jährigen Jubiläums des Polzeisportvereins Braunschweig veranstaltet die KG Braunschweig am 14. September 2021, ab 10 Uhr, auf dem Gelände des PSV in Braunschweig ihr diesjähriges Sommerfest. Neben einem Fußballturnier auf dem Kleinfeld und einem Tennisturnier ist auch ein Volleyballturnier auf Rasen geplant. Spieler*innen für die Turniere aus den Bereichen der PD Braunschweig und der ZPD

Niedersachsen melden sich bitte unter gdp-braunschweig@t-online.de an. Der dienstliche Unfallschutz ist beantragt, daher bitte bei der Anmeldung die Namen mitteilen. Besucher sind herzlich willkommen.
KG Braunschweig

JHV der KG Oldenburg-Land am 31. August 2021

Unsere diesjährige Jahreshauptversammlung soll am Dienstag, dem 31. August 2021, um 17 Uhr im Gasthaus Kempermann, Hauptstraße 59, 26197 Großenkneten stattfinden. Hierzu sind alle Kreisgruppenangehörigen herzlich eingeladen.
**Für den Vorstand
Sven Hoopmann**

JHV der KG Goslar am 5. Oktober 2021

Die Kreisgruppe Goslar lädt alle Mitglieder zur Jahreshauptversammlung am 5. Oktober 2021, 15:30 Uhr, in die Aula der Polizeiinspektion Goslar ein. Wir bitten um Anmeldung bei Meike Jürgens, Tel.-Nr. (05321) 339-400 bis zum 28. September 2021. Geplant ist im Anschluss im gemütlichen Kreis ein Essen zu reichen. Wir bitten auf die zum Zeitpunkt der Jahreshauptversammlung gültigen Hygienevorschriften zu achten.
Die Kreisgruppe Goslar



Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redaktion der DP Niedersachsen freut sich auf eure Artikel und Berichte. Solltet ihr einen Beitrag planen, teilt es uns gerne frühzeitig mit. Damit erleichtert ihr uns die Planung. Unangekündigte Artikel können nicht immer in der nächsten Ausgabe untergebracht werden. Zuschriften für die übernächste Ausgabe 11/2021 können bis zum 31. August 2021 per E-Mail an redaktion@gdpniedersachsen.de übersandt werden. Vielen Dank.

DP – Deutsche Polizei
Niedersachsen

Geschäftsstelle
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
www.gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Philipp Mantke (V.i.S.d.P.)
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de